

Ursula Engelen-Kefer

Sozialpolitische Sprecherin des SoVD Berlin-Brandenburg

Demonstration vor dem Bundesrat, 1. Februar 2013

Wir sind heute hier, um gegen das Mietrechtsveränderungsgesetz zu demonstrieren.

Wir fordern den Bundesrat auf: Stoppen Sie diese gesetzliche Verordnung der Verschlechterung des Mieterschutzes .

Wir sind für eine energiesparende Modernisierung der Wohnungen.

Aber nicht auf dem Rücken der Mieter.

Es darf nicht sein, dass Mieter sich gegen Dreck und Lärm bis zur Wohnungsaufgabe nicht wehren können und ihnen das Recht auf Mietminderung per Gesetz zusammengestrichen werden soll.

Dem Vermieter wird hingegen ein kräftiger Schluck aus der Pulle der Mieterhöhung gesetzlich zugebilligt.

Als ob die Verteuerung der Wohnungsmieten sowie der Strom- und Heizkosten nicht schon genug Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben haben- bis in die Obdachlosigkeit- auch und gerade hier in Berlin.

Berlin ist eine Mieterstadt- weit über 80 Prozent der Einwohner sind Mieter. Bereits von 2001 bis 2010 haben sich die Mieten um etwa ein Drittel erhöht und seither noch einmal um 10 Prozent.

Mit dem vorliegenden Gesetz wird ein weiterer Freibrief für Mietsteigerungen erteilt.

Nicht geprüft wird allerdings, ob und wie weit die Sanierung tatsächlich Einsparungen bei den Energiekosten für die Menschen bringt.

Wir fordern den Bundesrat auf: Stoppen sie dieses Mietrechtsverschlechterungsgesetz.

Die Wohnungskosten sind ein wesentliches Element unseres Sozialstaates.

Die Wohnungsfrage ist eine zutiefst soziale Frage.

Die CDU erklärt, sie wolle im Bundestagswahlkampf die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen.

Die gesetzliche Sanktionierung von Mietpreissteigerungen von 15 Prozent in drei Jahren ist für viele Menschen- vor allem Familien, Alleinerziehende, Ältere und Menschen mit Behinderungen- eine schwere soziale Härte.

Stoppen Sie die Mietpreisspirale und den Mietwucher

Die Bundestagswahl ist auch eine Mieter/innen wahl